

XXIII. GP.-NR

3555/J

07. Feb. 2008

ANFRAGE

der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde

an Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Verkauf von persönlichen Adressen

Walter A. (Name geändert) hat auf seinem Postkasten den offiziellen Kleber „Bitte keine Werbung“ angebracht, da auch er, wie Tausende andere BürgerInnen, nicht mit Werbematerialien etc. zwangsbeglückt werden möchte. Um so größer war seine Überraschung, als sich vor einigen Wochen eine österreichische Tageszeitung mit seiner persönlichen Anschrift in seinem Postkasten befand. Herr A. glaubte, dass es sich um eine Fehlzustellung handelt. Also er jedoch auch in den nächsten Tagen diese Zeitung immer wieder in seinem Postkasten vorfand, rief er beim Vertrieb dieser Zeitung an. Dort erfuhr er, dass der Verlag seine Adresse bei der Österreichischen Post AG käuflich erworben hat. Sein Schreiben an die Post AG wurde wie folgt beantwortet: „Wir haben Ihre Adresse an die von Ihnen erwähnte Tageszeitung verkauft. Die Daten des Auftrages von dieser Tageszeitung stammen nicht aus eigenen Datenbeständen der Post AG, sondern wurden von der Firma Profile Address Direktmarketing GmbH, Altmannsdorferstraße 311, 1230 Wien, Telefon :+43 (1) 929 13 53, E-mail: office@profileaddress.at angekauft und von uns an die oben erwähnte Tageszeitung weiter verkauft“.

Herr A. rief in der Folge bei ProfileAddress an und wollte konkret wissen, von welcher Firma seine Adresse angekauft wurde. Anstatt eine Antwort zu erhalten, hat der Herr dieser Firma das Gespräch beendet. Seither ist es zwar möglich bei dieser Firma anzurufen (Freizeichen ertönt) es hebt aber niemand mehr ab.

Wie Herr A. glaubhaft versichert, streicht er bei allen Zetteln und Formularen, auf denen er seine Adresse bekannt gibt, das Kleingedruckte, nämlich die Bewilligung der Datenweitergabe, durch.

Da wie schon erwähnt, immer mehr BürgerInnen der Werbeflut entkommen wollen und deshalb den entsprechenden Kleber der WKÖ auf den Postkästen haben, versuchen Unternehmungen, an persönliche Daten und Adressen zu kommen. Dies ist durch Preisausschreiben, Kundenkarten, Nachsendeaufträgen der Post etc. offensichtlich noch immer möglich, da viele BürgerInnen einerseits das Kleingedruckte aufgrund der minimalen Schriftgröße nicht lesen können und anderseits übersehen, dass sie die Freigabe ihrer Daten nach einer gewissen Zeit stornieren können.

Um sicherzustellen, dass diesem rege Datenhandel ein Riegel vorgeschnitten wird, ist eine gesetzliche Änderung dringend notwendig. KonsumentInnen müssen die Sicherheit haben, dass ihre Daten nicht für andere Zwecke verwendet, verkauft und gehandelt werden dürfen.

Die Rechtslage ist dahingehend zu verändern, dass KonsumentInnen mittels ankreuzen einer entsprechenden Rubrik die Weitergabe ihrer Daten ausdrücklich erlauben müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Ist Ihnen bekannt, dass sich in den letzten Jahren ein schwungvoller Handel mit persönlichen Daten entwickelt hat und KonsumentInnen Opfer dieses Handels sind?
Wenn ja, wie haben Sie auf diese Entwicklung bisher reagiert?
- 2) Ist Ihnen bekannt, dass auch die Post AG an diesem Handel beteiligt ist und dazu beiträgt, dass KundInnen der Post AG mit Werbesendungen „beglückt“ werden, die diese niemals bestellt oder gewollt haben?
Wenn ja, wie haben Sie auf diese Entwicklung bisher reagiert?
- 3) Sind auch Sie der Meinung, dass es rasch zu einer Änderung der bestehenden Gesetze kommen muss, um diesen Datenhandel einzudämmen?
Wenn ja, was werden Sie konkret bis wann veranlassen?
Wenn nein, warum nicht?
- 4) Sind Sie bereit, die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend zu verändern, dass eine Datenweitergabe von den KonsumentInnen ausdrücklich erlaubt werden muss?
Wenn ja, bis wann und durch welche Maßnahmen werden Sie dies sicherstellen?
Wenn nein, warum nicht?

